



Presseschau vom 18.06.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends/nachts:

Dan-news.info: Das neue Passiersystem an der Kontaktlinie führt nicht zu einer Vereinfachung der Ein- und Ausreiseprozedur zwischen der DVR und der Ukraine. Eine solche Meinung vertrat der Transportminister der Republik Semen Kusmenko.

„Der Wunsch die Kontrolle zu vergrößern und zu verstärken führt zu einer Verkomplizierung der Prozedur des Passierregimes für die Bürger, dabei wird das Recht der Bürger und eine Reihe von Informationsgesetzen verletzt. Das gegebene System kann die Prozedur nicht vereinfachen, im Gegenteil, es taucht eine Menge an Schwierigkeiten auf, die aus der Erweiterung der Liste der Verbote zum Überschreiten der Kontaktlinie resultieren“, unterstrich er.

Kusmenko erinnerte daran, dass „auf der Ebene der Information die Ukraine sich nicht auf den führenden Plätzen befindet“.

Zuvor war berichtet worden, dass im Donbass auf Initiative des Sicherheitsdienstes der Ukraine eine neue Ordnung für das Überschreiten der Abgrenzungslinie in Kraft trat, gemäß derer die Ukraine eine elektronische Ausgabe von Genehmigungen einführt, die Liste von Fällen für eine Verweigerung der Ein- und Ausreise erweitert. Kiew behauptet, dass dies den Bürgern die Bewegung in der Konfliktzone erleichtert.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben heute Abend mit Granatwerfern und Schusswaffen die Ortschaft Sokolniki im Slawjanoserbskij-Bezirk beschossen, teilte einer offizieller

Vertreter der Volksmiliz der LVR mit.

„Die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer mit Granatwerfern aus Krjakowa auf die Positionen der Volksmiliz und die Häuser der friedlichen Einwohner eröffnet“, erklärte er. Informationen über mögliche Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

Vormittags:

Dan-news.info: Der Kiewskij-Bezirk von Donezk wurde ein weiteres Mal von Seiten der ukrainischen Truppen beschossen, teilte heute die Verwaltung der Hauptstadt mit. „Am Abend des 17. Juni wurde der Kiewskij-Bezirk beschossen. Es wurden Beschüsse des Putilowkskij-Wäldchens festgestellt.“ Außerdem gab es einen Treffer auf Wohnhäuser in der Blagoweschtschenskaja- und der Tschapajew-Straße. „In einem Haus wurde die Verglasung zerstört, bei dem anderen wurde eine Ecke getroffen“, erläuterte das Bürgermeisteramt. Nach vorliegenden Informationen gibt es keine Opfer.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute alle Passierpunkte für die Ausfahrt aus der DVR auf das von Kiew kontrollierte Territorium geschlossen, teilte das Transportministerium der DVR mit. „Der Verkehr von Buslinien ist in die Richtungen Mariupol, Charkow, Saporoshe und Dnjepropetrowsk gesperrt. Leichte Fahrzeuge werden durchgelassen, wenn der Fahrer einen ukrainischen Passierschein hat“, heißt es beim Pressedienst des Transportministeriums. Der Ministerium erinnerte daran, dass seit Anfang Juni die ukrainischen Streitkräfte immer wieder den Verkehr in die Richtungen Mariupol, Dnjepropetrow, Saporoshe blockiert haben, aber eine gleichzeitige Schließung aller Korridore war bisher nicht erfolgt.

Dan-news.info: Alle Einwohner von Schirokino wurden wegen der Kämpfe evakuiert, am 16. Juni wurden die letzten Zivilisten herausgebracht, teilte der Leiter des Nowoasowkij-Bezirk der DVR Oleg Morgun mit.

„In Schirokino haben wir keinen einzigen Zivilisten mehr, vorgestern wurden alle herausgebracht. Insgesamt wurden 13 Einwohner der Ortschaft evakuiert. Das sind die Menschen, die bis zuletzt unter Beschüssen lebten, ein Teil von ihnen ist zu Verwandten gefahren, einen Teil haben wir in einem Erholungsheim untergebracht.“

Morgun teilte mit, dass etwa fünf der zuletzt evakuierten Bürger im Moment mit leichten Verletzungen in einem Krankenhaus sind. Nach der Behandlung werden sie als Flüchtlinge in einem der Erholungsheime des Gebiets untergebracht.

„Auf Schirokino wurde gestern von Mittag bis Abend und dann auch in der Nacht mit Granatwerfern und Schusswaffen von Seiten der ukrainischen Truppen geschossen. Großkalibrige Artillerie und Granatgeschütze wurden nicht verwendet“, erklärte der Leiter des Bezirks.

In der Nacht wurden keine großflächigen Zerstörungen festgestellt. Informationen über Verluste unter den Milizen gibt es nicht.

Lug-info.com: Der 30. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF ist in Lugansk eingetroffen.

Mehr als 45 Lastwagen lieferten etwa 489 Tonnen Güter in die LVR.

„In der Ladung des 30. humanitären Konvois des Zivilschutzministeriums der RF sind hauptsächlich Lebensmittel und Medikamente“, teilte der Leiter des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der LVR Alexandr Drobot mit.

Es handelt sich um Mehl, Nudeln, Grieß, Milchkonserven und 30 Tonnen Medikamente.

Dan-news.info: Der 30. Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF ist heute in Makejewka eingetroffen.

In der Kolonne befinden sich etwa 50 Lastwagen, in der nächsten Zeit wird mit der Entladung begonnen.

Nach Angaben des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der DVR enthält der Konvoi etwa 500 Tonnen Lebensmittel, darunter Mehl, Nudeln, Pflanzenöl, Grieß sowie drei Partien Medikamente für bestimmte Einrichtungen.

Dan-news.info: Die studentischen Baubrigaden der Hochschulen der DVR befassen sich mit dem Wiederaufbau der durch die Beschüsse beschädigten Häuser von Veteranen der Arbeit und des Großen Vaterländischen Kriegs. Dies berichtete heute der Leiter des studentischen Freiwilligenzentrums Jewgenij Lapenko.

„In erster Linie befassen wir uns mit den Häusern der Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und den Veteranen der Arbeit unter den Lehrern in den Bezirken Kiewskij, Kirowskij, Kujbyschewskij und Petrowskij von Donezk, aber zum Herbst hin planen wir mit dem Wiederaufbau beschädigter Wohnungen von Lehrern aus kinderreichen Familien zu beginnen.“

Nach den Worten Lapenkos sind die Studenten schon zu den Orten gegangen, um den Umfang der Arbeiten abzuschätzen. „Die jungen Leute haben schon eine vollständige Analyse durchgeführt, Unterlagen angelegt. Ab Montag beginnen schon die Bauarbeiten. Zu Beginn werden wir uns mit der Verglasung beschäftigen.“

Das Freiwilligenzentrum wurde am 16. April 2015 gegründet und vereinigt Studenten aus 62 Hochschulen der Republik, Das Projekt unterstützt die Gewerkschaft der Beschäftigten im Bildungsbereich der DVR, das Bildungsministerium, der Rat der Rektoren und der gemeinnützige Fonds „Südosten“.

De.sputniknews.com: Russland erhält die größte Anzahl von Asylanträgen weltweit. Dies geht aus einem Report des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) hervor, der am 18. Juni veröffentlicht wurde.

2014 haben rund 2.747.000 Ausländer Russland um Asyl ersucht, etwa 7.000 davon haben den Flüchtlingsstatus beantragt. Laut dem Report gehen diese Zahlen vorwiegend auf den Ukraine-Konflikt zurück. 99 Prozent der Anträge stammen von ukrainischen Bürgern.

Im April 2014 hatte die ukrainische Staatsführung eine militärische Operation gegen die Bewohner des Donezbeckens im Osten der Ukraine begonnen, die mit dem Februar-Staatsstreich nicht einverstanden waren. UN-Angaben zufolge sind im Laufe des Konflikts mehr als 6.500 Zivilisten ums Leben gekommen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30281/53/302815348.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünf Mal das Regime der Feueinstellung verletzt und Ortschaften der LVR beschossen, teilte der Stab der Volksmiliz der LVR mit.

Beschossen wurden die Ortschaft Donezkij mit großkalibrigen Granatwerfern des Kalibers 120 mm. Mit Panzerwaffen wurden Perwomajsk beschossen, insgesamt 9 Geschosse.

Bereits seit mehreren Tagen wird die Ortschaft Sokoloniki beschossen, gestern Abend wurden dabei Haubitzen D-30 verwendet, insgesamt 10 Geschosse.

Ebenfalls gestern Abend wurde Weselaja Gora beschossen.

In allen Fällen konnten Verluste unter den Kämpfern der Volksmiliz und der Zivilbevölkerung vermieden werden.

Dnr-sovet.su: In der DVR geht die ökonomische Entwicklung weiter: es wird die normative Basis für den Bereich der Haushalts- und Steuergesetzgebung aufgebaut. Die Vorsitzende des Komitees des Volkssowjets für das Budget, Finanzen und Wirtschaftspolitik, die Abgeordnete Marina Sheinowa berichtete in einem Interview mit der Zeitung „Mirnyj Donbass“, was von den hauptsächlichen ökonomischen Dokumenten zu erwarten ist:

„Es gibt zurzeit eine sehr schwierige Situation mit dem Budget – wir können nicht für ein ganzes Jahr planen. Aber schon für das nächste Jahr 2016 hoffe ich, dass wir ein vollwertiges Budget beschließen können.

Der Gesetzesentwurf „Über das Budgetsystem der DVR“ wurde dem Komitee des Volkssowjets zu Budget, Finanzen und Wirtschaftspolitik zur Bearbeitung gemäß dem Reglement des Volkssowjets übergeben. Nachdem der Gesetzesentwurf von dem Fachkomitee ausgearbeitet wurde, hoffe ich, dass er im ganzen auf der nächsten Plenarsitzung angenommen wird.

In dem Gesetzesentwurf ist vorgesehen, dass ein Teil der Steuern und Abgaben in den örtlichen Budgets bleibt. Wie bekannt ist, befinden sich aus objektiven Gründen (Arbeit großer Unternehmen, Grade der Zerstörungen durch die Kämpfe) nicht alle Städte der Republik in der gleichen Lage, deshalb halte ich es für richtig, wenn ein Teil der Finanzen zuerst in das republikweite Budget kommt und dann verteilt wird. Auf diese Weise wird es uns gelingen soziale Ungerechtigkeit an den Orten zu vermeiden. Das prozentuale Verhältnis der Verteilung der Mittel zwischen dem republikweiten und den örtlichen Budgets wird durch das Finanzministerium der DVR geregelt“, erklärte Marina Nikolajewna.

Kprf.ru: Am 17. Juni fuhr aus der Leninsowchose bei Moskau der 28. humanitäre Konvoi der KPRF für die Einwohner der LVR und der DVR ab.

Auf dem Weg aus Moskau und Umgebung schlossen sich weitere Lastwagen aus den Oblasten Tula, Lipezk, Woronesh, Wolgograd, dem Stawropolskij-Kreis, Nordossetien, Kabardino-Balkarija und anderen Regionen an.

Um den Konvoi zu verabschieden und den Begleitern eine gute Reise zu wünschen trafen Abgeordnete der Staatsduma ein: der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF, der Vorsitzende des Komitees für Naturressourcen, Naturnutzung und Ökologie der Staatsduma Wladimir Iwanowitsch Kaschin, der Leiter des Stabs des ZK der KPRF für die Leistung von humanitärer Hilfe an den Südosten der Ukraine, der Sekretär des ZK der KPRF, erster stellvertretender Vorsitzender des Rats Kommunistischer Parteien – Kommunistische Partei der Sowjetunion – Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew, der Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPRF Wladimir Romanowitsch Rodin.

Kasbek Tajsajew: „Der Stab des ZK der KPRF zur Leistung von humanitärer Hilfe an den Süd-Osten der Ukraine führt seine Arbeit in regelmäßiger Weise durch. Ich möchte mich bei allen bedanken, die seit Mai 2014 zusammen mit uns dem Volk Novorossias helfen. In die Arbeit des Stabes sind derzeit buchstäblich alle Regionen Russlands einbezogen und auch die Einwohner einer Reihe ehemaliger Republiken der UdSSR. Wir sind froh über jede Hilfe. Seit Anfang der Arbeit unseres Stabes ist mehr als ein Jahr vergangen, wir haben keinen einzigen Tag verloren. Heute ist es mit Stolz möglich zu sagen, dass durch den Stab der KPRF und die Anhänger unserer Ideen eine riesige Arbeit geleistet wurde. Aber uns steht bevor noch mehr zu tun. Der Stab führt seine Tätigkeit fort und verstärkt sie. Heute am frühen Morgen fuhr der nächste, der 38. Konvoi mit humanitärer Hilfe nach Novorossia. Sehr schnell wird er die Grenze Russlands erreichen und die friedliche Bevölkerung erhält das Lebensnotwendigste auf dem Territorium, wo bis heute die Kämpfe nicht aufgehört haben. Man kann sagen, dass wir am 14. Juni mehr als 500 Geschenke für die Kinder Novorossias vorbereitet und abgeschickt haben, die das Kinderkrankenhaus von Lugansk und die Kinder aus Debalzewo bekommen. Geschenke für Kinder wurden auch nach Rowenki und Alexandrowsk gebracht.

Der Wladimir-Kathedrale in Lugansk wurde finanzielle Hilfe für die Wiederherstellung der Hauptkuppel geleistet. Wir treffen uns nicht das erste Mal mit dem Vorsteher der Kirche Wladimir Konontschuk und jedes Mal drückt er der Führung der KPRF, Gennadij Andrejewitsch Sjuganow, Wladimir Iwanowitsch Kaschin und Iwan Iwanowitsch Melnikow seine aufrichtige Dankbarkeit für ihre Hilfe und Arbeit aus, die auf den Erhalt und die Festigung der russischen Welt gerichtet ist.

In letzten Woche hat der Stab der KPRF zur Leistung von Hilfe an Novorossia finanzielle Hilfe für den Bau eines Kinderspielplatzes in Rowenki (LVR) geleistet, der zum Tag der Stadt am 26. Juni eröffnet wird.“

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Der russische Minister für Wirtschaftsentwicklung, Alexej Uljukajew, schließt eine Verlängerung des Einfuhrverbots für Lebensmittel seitens Russland als Antwort auf die Verlängerung der Sanktionen der EU nicht aus, neue Gegenmaßnahmen seien aber kaum möglich.

„Ich denke, ja. Wir werden den Status quo – das als Reaktion auf die Sanktionen von 2014 eingeführte Lebensmittel-Embargo — einfach weiter aufrechterhalten. Sollten die Sanktionen weiter in Kraft bleiben, so wird auch das Einfuhrverbot weiter gültig sein. Natürlich geht es

um eine Gegenmaßnahme. Sie kann mit gewissen Nuancen verlängert werden“, sagte der Minister gegenüber RIA Novosti.

Dabei brachte er seinen Zweifel zum Ausdruck, dass Russland mit Sanktionen in anderen Branchen auf die von der EU betriebende Politik antwortet. „Ich denke, dass es kaum möglich ist“, betonte Uljukajew.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30043/21/300432167.jpg>

Lug-info.com: Die Lehrer der LVR werden in den nächsten Tagen die Arbeitsentgelte für Mai erhalten, die notwendigen Mittel wurden bereits zugeteilt, teilte der Vorsitzende des Ministerrats der LVR Gennadij Zypkalow mit.

„Die Finanzierung steht, die finanziellen Mittel für die Auszahlung der Entgelte in vollem Umfang sind bereits zugeteilt, in den nächsten Tagen werden sie die Entgelte für Mai erhalten“, sagte er.

Alle Beschäftigten des Bildungssystems der LVR werden die Entgelte für Mai in vollem Umfang erhalten, teilte der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der LVR Oleg Akimow mit.

„Heute wurden dem Bildungsministerium in hundertprozentigem Umfang die Mittel für die Auszahlung der Maientgelte an alle Beschäftigten an Schulen, Hochschulen, Kindergärten und anderen Bildungseinrichtungen zugeteilt. Die Auszahlungen an die Pädagogen sind ab morgen auf dem gesamten Territorium der Republik geplant“, sagte er.

„Der Dialog zwischen Regierung und Gewerkschaften findet statt, man hat uns gehört, unsere Probleme werden verstanden und auf sie reagiert. Die Zahlung an die Pädagogen beginnt, dafür gibt es eine klare Bestätigung“, sagte der Vorsitzende des republikanischen Komitees der Gewerkschaft der Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft Nikolaj Bakschejew.

De.sputniknews.com: Das ukrainische Parlament (Werchowna Rada) hat auf Antrag von Präsident Petro Poroschenko für die Entlassung des Chefs des Nachrichtendienstes SBU, Valentin Naliwajtschenko, gestimmt. Für den von Staatschef unterbreiteten Entwurf stimmten am Donnerstag 248 Abgeordnete. Für eine positive Entscheidung hätten 226 Stimmen gereicht.

Naliwajtschenko (49) war nach dem ukrainischen Umsturz im Februar 2014 zum Geheimdienstchef ernannt worden. Er ist Fraktionsmitglied der Partei Udar von Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko. Naliwajtschenko soll mit dem Anführer der ukrainischen Nationalistenbewegung „Rechter Sektor“, Dmitri Jarosch, befreundet sein.

Ukrainische Medien mutmaßen, dass Korruption im SBU und Präsidenten-Ambitionen Naliwajtschenkos die Hauptgründe für seine Entlassung seien. Andrej Portnow, Ex-Vizechef

der Administration des gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitsch, sprach jedoch von einem Machtkampf unter den Hauptakteuren des Februar-Umsturzes. In der vergangenen Woche verbat die Administration von Präsident Poroschenko Naliwajtschenko eine Reise in die USA. Stattdessen wurde der Geheimdienstchef in die Generalstaatsanwaltschaft zu einem Verhör zitiert – laut Portnow war das ein Anzeichen für die baldige Entlassung Naliwajtschenkos. Naliwajtschenko drohte am Montag, er werde in Begleitung einer SBU-Spezialeinheit in die Generalstaatsanwaltschaft kommen.

Dan-news.info. „In den letzten 24 Stunden wurden acht Verletzungen des Regimes der Feueinstellung festgestellt, davon fünf während der Nacht“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Insbesondere wurden auf das Territorium der Republik 28 Panzerwaffengeschosse abgefeuert und insgesamt 55 Granatgeschosse des Kaliber 82 und 120 mm“, erklärte das Ministerium.

Beschossen wurden Donzek (Putilowksij-Brücke und das Gebiet des Flughabens sowie der Kiewskij-Bezirk), Gorlowka, Spartak und Grigorowka.

Informationen über Verletzte und Tote liegen nicht vor.

De.sputniknews.com: Mehr als 100.000 Ukrainer sind wegen des im Donbass (Donezbecken) ausgebrochenen Konfliktes nach Weißrussland geflüchtet, wie der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO (UNHCR) in Weißrussland, Jean-Yves Bouchardy, mitteilte.

Im Frühjahr 2014 hatte die ukrainische Staatsführung eine Militäroperation gegen die Bewohner des Donezbeckens im Osten der Ukraine begonnen, die mit dem Februar-Staatsstreich nicht einverstanden gewesen waren. UN-Angaben zufolge sind im Laufe des Konflikts bereits mehr als 6.500 Zivilisten ums Leben gekommen, weitere rund 2,2 Millionen haben das Land verlassen bzw. sind zu intern vertriebenen Personen geworden.

„Mehr als 100.000 Ukrainer haben in Weißrussland Unterkunft gefunden, wodurch die Bevölkerungszahl in Weißrussland um etwa ein Prozent gewachsen ist“, sagte der UNHCR-Vertreter am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Minsk.

Auf ukrainische Flüchtlinge entfallen die meisten Personen, die sich in Weißrussland um Asyl bewerben, unterstrich Bouchardy. Dabei fügte er hinzu, dass Weißrussland nach der Zahl der Flüchtlinge nach Russland das zweite Land unter den an die Ukraine angrenzenden Ländern ist und nach ihrer Zahl pro Kopf der Bevölkerung das erste.

Der Leiter des Departements für Staatsbürgerschaft und Migration des Innenministeriums Weißrusslands, Alexej Begun, teilte mit, dass rund 20.000 ukrainische Notumsiedler im vorigen Jahr eine Arbeitsgenehmigung erhalten haben, während sich diese Kennziffer seit Jahresbeginn bereits auf mehr als 8.300 belaufe.

Dabei verwies er darauf, dass „Ukrainer nach wie vor (nach Weißrussland) kommen“. Hauptsächlich versuchen sie, eine Saisonbeschäftigung zu finden.

Zuvor hatte der Präsident der Republik, Alexander Lukaschenko, erklärt, dass Weißrussland bereit sei, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Unterkunft bzw. Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Später äußerte der Sprecher des Rates der Republik der Nationalversammlung Weißrusslands (Parlamentsoberhaus), Michail Mjasnikowitsch, seine Besorgtheit im Zusammenhang mit einem wachsenden Druck auf den Arbeitsmarkt in den an die Ukraine angrenzenden Gebieten des Landes, was auf immer mehr eintreffende Flüchtlinge aus der Ukraine zurückzuführen sei.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30282/81/302828139.jpg>

Dan-news.info: Die Verhandlungen der Untergruppe zu politischen Fragen war die am wenigstens ergebnisreichste von allen Treffen im Minsk am 16. Juni, erklärte heute der Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Am wenigsten erfreulich war die Untergruppe zu politischen Fragen. Es wurde sogar ein Rückschritt festgestellt.“

Die Fortschritte der Verhandlungen der zwei Untergruppen – zu humanitären Fragen und zur Sicherheit – charakterisierte Puschilin als unbedeutend.

Dan-news.info: Kommentar des Vorsitzenden der Gewerkschaftsföderation Maxim Parschin zu den Protesten von Arbeitern in der Ukraine

„Die verfassungswidrigen Handlungen auf dem Territorium der Ukraine, die mit der Einschüchterung und Verfolgung der Führer der Gewerkschaftsorganisationen und der Gewerkschaften im ganzen durch die ukrainischen bewaffneten Strukturen verbunden sind, vergrößern die Zahl der Protestdemonstrationen von Seiten der Gewerkschaftsvereinigungen. Die einzige Möglichkeit zur Regelung des Konflikts ist die Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften bezüglich der Fragen einer Angleichung der Arbeitslöhne, Sozialzahlungen, Renten für die Bürger der Ukraine, die Zahlung der Rückstände bei den Löhnen und die Regulierung der Gebühren durch die Regierung. Die Gewerkschaften waren und sind außerhalb der Politik, deshalb darf es eine solche Art von Repression gegen die Führung der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung nicht geben.“

De.sputniknews.com: Im Zuge der Beschlagnahmung von russischem Staatsvermögen haben die französischen Gerichtsvollzieher auch das Konto der Medienholding Rossiya Segodnya gesperrt, zu der unter anderem die multisprachige Online-Zeitung Sputniknews sowie Radiosender gehören.

„Unser Konto in Frankreich ist unter Arrest“, bestätigte Rossiya-Segodnya-Chefredakteurin Margarita Simonjan am Donnerstag. In anderen Ländern habe das Unternehmen vorbeugende Maßnahmen getroffen, um Störungen im Radio- und Online-Betrieb nicht zuzulassen.

Am Donnerstag wurde bekannt, dass die Behörden in Belgien und Frankreich mit der Beschlagnahmung von russischem Staatsvermögen auf Klage ehemaliger Aktienbesitzer

des 2006 bankrottgegangenen Ölkonzerns Yukos begonnen haben.

Damit folgen sie einem Urteil des Schiedsgerichts in Den Haag. Dieses hatte am 18. Juli vergangenen Jahres der Klage der ehemaligen Yukos-Aktienbesitzer stattgegeben und den russischen Staat verpflichtet, den Firmen Hulley Enterprises, Yukos Universal Limited (Zypern) und Veteran Petroleum Entschädigungen in Höhe von insgesamt 50 Milliarden US-Dollar auszuzahlen.

Russland lehnt eine Entschädigung der ehemaligen Yukos-Aktionäre ab. Die Regierung in Moskau hält die Entscheidung des internationalen Schiedsgerichts für unrechtmäßig und will Rechtsmittel einlegen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30282/62/302826240.jpg>

Lug-info.com: Der ehemalige Leiter des Lugansker Zolls Oleg Tschernousow verließ seinen Posten und kehrte nach Lugansk zurück „wegen der persönlichen Nichtübereinstimmung mit der Politik, die die Führung der Ukraine durchführt“. Darüber berichtete er auf einer Pressekonferenz in Lugansk.

„Meine Entscheidung, auf das Territorium der Republik zurückzukehren, war nicht übereilt, sondern hat sich lange Zeit abgezeichnet“, erklärte er.

„Hauptmotiv für diese Entscheidung ist meine persönliche Nichtübereinstimmung mit der Politik, die von der Führung der Ukraine durchgeführt wird, die aus meiner Sicht auf einen klaren Genozid der Menschen gerichtet ist, die auf dem Territorium der Republik leben“, sagte Tschernousow.

„Es ist klar, womit sich die Zollorgane der Ukraine befassen – sie ziehen Steuern und Abgaben ein, die das Staatsbudget füllen, und aus diesem Budget erfolgt die Finanzierung dieser ganzen Operation (der ATO), ich bin nicht auf diesem Weg“, sagte er.

Er erklärte, dass seine Familie ihn in seiner Entscheidung völlig unterstütze.

Tschernousow erklärte weiter, dass die ukrainische Seite an der ökonomischen Blockade der LVR verdient.

„Und das verheimlicht jene Seite nicht einmal – es wurden Fakten veröffentlicht, dass bei der Einfuhr von Lebensmitteln zusätzliche Zahlungen im Umfang von fünf Griwna pro kg erfolgen.“

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin gegenüber der Presse (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die Aufklärung der Milizen hat weitere Verschiebungen von schweren Waffen und Personal des Gegners festgestellt.

Aus Krasnoarmejsk Richtung Osten wurde die Verlagerung von zwei Grad-Systemen und in Richtung Awdejewka von fünf D-30-Systemen festgestellt. Außerdem wurde in der Ortschaft

Wosroshdenije die Stationierung eines Uragan-Systems und in Wolnowochna von drei Grad-Systemen und sechs SAU-Artilleriesystemen festgestellt.“

Basurin unterstrich auch, dass im Gebiet des „Mironowsker Wasserreservoirs“ mehr als 10 Artilleriefuerpositionen entdeckt wurden.

„Nach detaillierten Ermittlungen wurde die Explosion am 16. Juni in der Zone der staatlichen Chemiefabrik im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk von dem Einschlag einer großvolumig explodierenden Rakete eines „Smertsch“-Systems hervorgerufen.“

Nach den Worten Basurins zeugt davon die Analyse der Überreste des Sprengstoffs im Boden sowie die genaue Untersuchung der Krater und des Bewuchses in der Brandzone.

„Der Beschuss der Chemiefabrik kam aus Richtung Kurachowo.“

De.sputniknews.com: Private Kreditgeber haben sich gegen einen Schuldenschnitt für die Ukraine ausgesprochen. Der Ukraine droht der Staatsbankrott, schreibt die „Nowyje Iswestija“ am Donnerstag.

Zu den privaten Geldgebern der Ukraine gehören die Hedgefonds Franklin Templeton Investments, Pimco Advisors, Bluebay Asset Management, Goldman Sachs Group, Nomura, Credit Agricole und andere.

In einem in der britischen „Financial Times“ veröffentlichten Schreiben beharren die privaten Kreditgeber auf einem Abbau der Schulden per Ratenzahlung. Nur 22 Milliarden US-Dollar von der Gesamtsumme (70 Milliarden US-Dollar) sollen umgeschichtet werden.

Im März hatte der Internationale Währungsfonds einem Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 17,5 Milliarden US-Dollar zugestimmt. Die erste Tranche (5 Milliarden US-Dollar) hat die Ukraine bereits erhalten. Die ukrainischen Verbindlichkeiten in Höhe von 15,3 Milliarden US-Dollar sollen von privaten Geldgebern umgeschichtet werden.

Im Mai verhängte Kiew ein Moratorium für die Rückzahlung der Schulden. Am 20. Juni muss die Ukraine Zinsen in Höhe von 75 Millionen US-Dollar aus einem russischen Kredit über drei Milliarden Dollar an Moskau zurückzahlen. Russland Finanzminister Anton Siluanow lehnt eine Umstrukturierung der Eurobonds ab und rechnet damit, dass Kiew alle Verpflichtungen bei der Tilgung der Darlehen erfüllt.

Der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko äußerte sich in einem Interview für die Agentur Bloomberg zu den Schulden gegenüber Moskau: „Das war Bestechungsgeld dafür, dass Viktor Janukowitsch seine Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit der EU in Vilnius verweigert.“

Laut dem Wirtschaftsexperten Sergej Schaworonkow ist die Rückzahlung von drei Milliarden Dollar keine unerfüllbare Aufgabe für Kiew. Die Frage bestehe jedoch darin, ob die Regierung Jazenjuk dies machen möchte. Der IWF strebe die Umstrukturierung des russischen Kredits zusammen mit anderen ukrainischen Krediten an, was Moskau jedoch nicht passe, so der Experte.

Lug-info.com: Etwa die Hälfte der Einwohner der LVR bewerten die Arbeit der Regierung zum Wiederaufbau der Wirtschaft der Republik als „eindeutig positiv“ und „eher positiv“. Dies zeigen die Ergebnisse einer Umfrage, die heute vom Leiter des soziologischen Forschungszentrums „Besonderer Status“ Alexandr Prozenko vorgestellt wurde.

Auf die Frage „Wie würden Sie die Anstrengungen der Regierung der LVR zum Wiederaufbau der Wirtschaft bewerten?“ antworteten 11,9% mit „eindeutig positiv“, dies sind fast doppelt so viele wie bei der Umfrage im Februar.

39 % antworteten mit „eher positiv“, auch hier ist die Zahl seit Februar gewachsen.

27,5% antwortete mit „eher negativ“ und 14% mit „eindeutig negativ“.

Die Befragung erfolgte vom 12. bis zum 14. Juni 2015 über persönliche Interviews über eine Auswahl von 804 Personen verschiedenen Geschlechts und Alters aus der Stadt Lugansk.

Als einer der vordringlichsten Aufgaben betrachten 92,3% der Befragten die Wiederaufnahme der Arbeit der großen und mittleren Industriebetriebe, 88,5% den Wiederaufbau der

Landwirtschaft der Republik und 82,2% die Wiederherstellung der Renten- und Unterstützungszahlungen. Die Bedeutung der Frage der Renten und Sozialleistungen hat im Vergleich zur Aprilbefragung etwa abgenommen, wohingegen die Bedeutung des Aufbaus der Industrie und der Landwirtschaft zugenommen hat. Die „Verteilung der humanitären Hilfe“ nannten im April noch 70,7% als vordringliche Aufgabe, im Juni nur noch 63,5%.

De.sputniknews.com: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Donnerstag vor den Bundestagsabgeordneten ihre große Besorgnis über die Situation in der Ukraine geäußert.

"Unverändert große Sorge bereitet uns die Lage in der Ukraine. Ebenso unverändert bin ich zutiefst davon überzeugt, dass dieser Konflikt nur politisch gelöst werden kann. Das Minsker Maßnahmenpaket setzt hierfür klare Wegmarken", so die Kanzlerin.

Die Politikerin hob in diesem Zusammenhang hervor, dass Russland an seinen Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen festhalten müsse.

„Beim Europäischen Rat im März haben wir vereinbart, die Sanktionen gegen Russland zu verlängern und eng mit der Umsetzung des Minsker Pakets zu verknüpfen. Russland muss zeigen, dass es den darin enthaltenen Verpflichtungen nachkommt“, sagte Merkel.

Die Kiewer Behörden und der Westen hatten Russland mehrmals eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine vorgeworfen. Russland lehnt jegliche Anschuldigungen ab und erklärt seinerseits, dass Moskau keine Partei in diesem innerukrainischen Konflikt ist.

Abends:

de.sputniknews.com: Rund 170 Angehörige der ukrainischen Polizeikompanie „Tornado“, die auf Befehl von Innenminister Arsen Awakow aufgelöst wurde, haben sich in ihrem Stützpunkt im Gebiet Lugansk verschanzt und drohen mit Waffengewalt, sollten die Behörden einen Sturm anordnen.

Wie der militärische Hauptstaatsanwalt, Anatoli Matios, am Donnerstag mitteilte, werden Angehörigen der Kompanie Schwerverbrechen in der Donbass-Region zur Last gelegt, darunter Vergewaltigungen und Folter. Am Vortag hatten die ukrainischen Sicherheitskräfte acht Angehörige der Kompanie, darunter ihren Befehlshaber, Ruslan Onischtschenko, verhaftet.

Matios zufolge hatte Onischtschenko in der Stadt Priwolje eine „Verbrecherbande“ ins Leben gerufen, die die Ortsbevölkerung terrorisierte. 100 der 170 Kämpfer seien offiziell bei der ukrainischen Miliz angestellt. Bei den anderen 70 handele es sich um Unbekannte. Die Gruppe sei bis auf die Zähne bewaffnet und habe einen riesigen Munitionsvorrat.

In der Nacht zum Donnerstag sicherten „Tornado“-Leute das Gelände des Stützpunktes mit Minen und automatischen Mörsern ab. Am Donnerstag weigerten sie sich ein weiteres Mal, einer Gruppe von Ermittlern Zugang zum Stützpunkt zu gewähren. „Sie begehen somit ein Verbrechen“, sagte Matios. Die Polizei will das Gelände im Notfall auch unter Waffeneinsatz räumen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30198/66/301986680.jpg>

novorossia.su Der staatliche Mobilfunkbetreiber der Republik "Lugakom" ist erfolgreich in der Volksrepublik Lugansk gestartet, bisher wird die Arbeit im Probetrieb durchgeführt, es läuft das Debugging der Verbindung. Dies sagte an diesem Tag des Ministeriums für Infrastruktur, Verkehr und Kommunikation der Republik der Nachrichtenagentur lug-info.com...

De.sputniknews.com: Das Sperren von Konten der russischen Botschaft in Belgien ist aus Sicht Moskaus ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht. „Wir fordern Sofortmaßnahmen zur Wiederherstellung der Rechte Russlands“, erklärte das Außenministerium in Moskau am Freitag.

„Der Botschafter Belgiens wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass die russische Seite derartige Handlungen zuständiger Organe des Königreichs Belgien als einen offensichtlich unfreundlichen Akt betrachtet... In diesem Zusammenhang fordert Moskau von der belgischen Seite, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die in Belgien verletzten souveränen Rechte der Russischen Föderation wiederherzustellen und ein normales Funktionieren russischer Einrichtungen und juristischer Personen zu gewährleisten“, hieß es in der Erklärung.

Zuvor hatte bereits die belgische Strafvollzugsbehörde russisches Staatsvermögen in dem Königreich in einem Gesamtwert von 1,6 Milliarden Euro unter Arrest gestellt. Damit folgte sie einem Urteil des Schiedsgerichts in Den Haag. Das Gericht hatte am 18. Juli vergangenen Jahres einer Klage der ehemaligen Yukos-Eigner stattgegeben und den russischen Staat verpflichtet, den Firmen Hulley Enterprises, Yukos Universal Limited (Zypern) und Veteran Petroleum Ltd Entschädigungen in Höhe von insgesamt 50 Milliarden US-Dollar auszus zahlen.

Die russische Regierung schließt eine Entschädigung der ehemaligen Yukos-Aktionäre aus, wie Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew am Donnerstag sagte. Die Entscheidung des Schiedsgerichts bezeichnete er als unrechtmäßig. „Wir werden sie anfechten.“

Die russischen Behörden hatten Yukos 2003 massive Steuerhinterziehung und andere Wirtschaftsverbrechen zur Last gelegt. Topmanager des damals größten Erdölkonzerns des Landes wurden wegen Betrugs, Diebstahls und Steuerhinterziehung zu Haftstrafen verurteilt. Der Konzern wurde für bankrott erklärt, das Gros seiner Vermögenswerte wurde vom staatlichen Ölkonzern Rosneft übernommen. 2005 klagten frühere Yukos-Aktionäre beim Schiedsgerichtshof in Den Haag wegen „Zwangsenteignung“.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30032/38/300323874.jpg>

Novorosinform: In der LVR werden Maßnahmen durchgeführt, um die Schuldigen an der Ermordung des Kommandeurs des 4. Bataillons der territorialen Verteidigung Alexej Mosgows, 4 seiner Soldaten sowie zweier Zivilisten zu ermitteln, die am 23. Mai durch einen Anschlag getötet worden waren. Dies berichtet lug-info.

Bisher wurde der Tatort untersucht, eine rechtsmedizinische Begutachtung der Leichen durchgeführt, ballistische und Explosionsgutachten in Auftrag gegeben, eine Anfrage an die Schnelle Medizinische Hilfe zur Auflistung der Anrufe gestellt, sagte der Leiter der Untersuchungsabteilung für die Einhaltung der Gesetze im Militärbereich beim Generalstaatsanwalt der LVR Leonid Tkachenko.



[http://storage.novorosinform.org/cache/3/0/\(48\)_maxresdefault.jpg/w644h387.jpg](http://storage.novorosinform.org/cache/3/0/(48)_maxresdefault.jpg/w644h387.jpg)